

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrotte Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinfennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proßen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Pettzeile 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“
„Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Nichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 74 Bad Schandau, Dienstag, den 29. März 1927 71. Jahrgang

Für eilige Leser.

- * Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat seine nächste Sitzung auf Freitag dieser Woche anberaumt mit der Tagesordnung: Deutsche Gerichtspolitik.
- * Anlässlich der ersten Ausreise des Dampfers „Newport“ gab die Hamburg-Amerika-Linie am Montag an Bord des Schiffes ein Diner, bei dem Generaldirektor Dr. Cuno und der amerikanische Botschafter Schurman Ansprachen hielten.
- * Auf dem Bahnhof Güstrow bei Halle fuhr der Güterzug 6762 Budau-Güstrow auf einen Güterzug auf. 18 Güterwagen wurden zertrümmert. Personen sind nicht verletzt. Der Betrieb ist durch Umleiten aufrecht erhalten. Der Sachschaden wird auf rund 60 000 M beziffert.
- * Im Kanal stehen gestern zwei englische Dampfer im Nebel zusammen. Der Dampfer „Wulmar“ wurde so schwer beschädigt, daß er kurz nach dem Zusammenstoß sank. Die 24 Mann starke Besatzung konnte sich in Sicherheit bringen.
- * Wie aus Moskau gemeldet wird, sind beim Uebersehen über den Fluß Terez in der Ukraine 40 Arbeiter ertrunken.
- * Bei einem Grubenbrand in Japan kamen 136 Bergarbeiter ums Leben. Bisher konnten die Leichen von 60 Bergleuten geborgen werden.

Die „gelbe Gefahr“.

Die chinesischen Wirren, vor allem die Ereignisse in Nanking, wo angeblich eine große Anzahl von Europäern und Amerikanern ihr Leben eingebüßt hat, veranlassen namentlich England, Japan und Frankreich zu einem noch schärferen Vorgehen in China. Aber auch Amerika hat sich dieser Verschärfung des Vorgehens anschließen müssen, weil bei den Unruhen in Nanking anscheinend viele Amerikaner ermordet worden sind. Man hatte ja dem amerikanischen Flottenführer völlig freie Hand gelassen und der Admiral ist denn auch rücksichtslos vorgegangen. Damit hat sich Amerika nun bedingungslos der Politik der anderen Mächte angeschlossen und angeblich soll die ganze pazifische Flotte der Vereinigten Staaten nach China gesandt werden, um dort eine große Kundgebung an der nord- und südchinesischen Küste zu veranstalten.

Es ist ja selbstverständlich, daß die kantonesischen Armeeführer alles daransetzen, vorläufig mit den fremden Mächten in keine militärischen Konflikte zu geraten. Ist es doch das Ziel der Südchinesen, zunächst einmal auch Nordchina in irgendeiner Form zu erobern oder zu gewinnen. Die Rolle des nordchinesischen Generals Tschangtsolin ist nach wie vor eine sehr unbestimmte und man scheint auf Seiten der kantonesischen Führer sehr stark damit zu rechnen, daß es mit der Regierung in Peking und mit Tschangtsolin zu irgendeiner Einigung kommt. Trotzdem kann es nicht ausbleiben, daß es bei diesen Wirren zu Überfällen auf die Fremden kommt, wenn auch die Mächte schleunigst ihre Staatsangehörigen an die Küste heranzuföhren, also aus dem bedrohten Innern zu entfernen versuchen. Nach wie vor ist ja in der kantonesischen Armee der innere Zwiespalt nicht überwunden, der sich daraus ergibt, daß zu dieser an und für sich rein nationalistischen Bewegung starke bolschewistische Elemente hinzugetreten sind. Dieser Bolschewismus wird nun hauptsächlich getragen durch die junge Intelligenz der chinesischen Studentenschaft. Man will aber auch hierbei von einem russischen Einfluß nicht viel wissen, obwohl sich die Sowjetregierung nach wie vor aufs eifrigste bemüht, die Hände im chinesischen Spiel zu behalten.

Durch eine etwaige Einigung zwischen dem Süden und dem Norden Chinas werden nun die japanischen und die nordamerikanischen Interessen stärker berührt als die englischen, die sich in der Hauptsache im reichsten Gebiet Chinas, im Becken des Jangtsiekangs, befinden. Man rechnet in Peking damit, daß in der Mandschurei, also im Stammland Tschangtsolins, und im Rücken der Peking-Regierung gleichfalls ein nationalistischer Aufstand ausbrechen und das Vordringen der Kantonesen auf Peking erleichtern wird. Gelingt es dann wirklich, China wieder zu einigen, den mit dem Sturze der Mandschu-Dynastie herbeigeföhrt Zwiespalt zwischen dem Süden und dem Norden zu beseitigen, so ist auch für die fremden Mächte in China eine ganz neue und nicht gerade sehr erfreuliche Situation geschaffen. Der Oberkommandierende der Kantonomie ist ja recht deutlich geworden in einer Erklärung, die er unmittelbar nach seinem Eintreffen in Schanghai erlassen hat: Solange ungleiche Verträge zwischen China und den Großmächten beständen, würden die gegenseitigen Beziehungen unbefriedigend bleiben, und solange das chinesische Volk nicht sein volles Recht erhalte, werde es den Kampf fortsetzen. Das heißt nichts anderes, als daß China irgendwelche Sonderrechte der Fremdmächte nicht mehr dulden wird, damit also denselben Weg gehen will, den die Türkei mit Erfolg eingeschlagen hat. Wir Deutsche sind daran nicht mehr

interessiert, weil wir nur unsere Staatsangehörigen in China solche Sonderrechte seit Jahren nicht mehr in Anspruch nehmen.

Die Kantonregierung scheint aber doch nicht so ganz Herr jener bolschewistischen Unterströmungen zu sein. Die Waffe dieser Bewegung ist der Generalfreistric, ein Mittel, das ja schon verschiedentlich mit volstem Erfolg in Anwendung gebracht worden ist. Angeblich sollen aber die chinesischen Kommunisten sehr bald zu wirklichen Angriffen auf die Konzessionsgebiete der fremden Mächte in Schanghai überzugehen beabsichtigen — kurz, die in China machtpolitisch interessierten Länder sehen sich einer Frage gegenüber, der sie mit Schiffkanonen und Landungsstörps nicht restlos beikommen können. Der militärische Spaziergang des Jahres 1900 anlässlich des Vorerkrankens ist heute nicht mehr möglich und die gelbe Gefahr ist keine Phantasie mehr, sondern Tatsache. China hat aufgehört, Kolonialland zu sein.



In Schanghai hat sich die Lage dadurch verschärft, als jetzt auch die französische Niederlassung stark gefährdet ist.

Demonstration in Nanking.

Rückgabe der Konzessionen gefordert.
In Nanking hat eine Demonstration stattgefunden, an welcher ungefähr 30 000 Personen teilnahmen. Es wurden Resolutionen angenommen, in welchen die sofortige Übergabe der ausländischen Niederlassungen unter Androhung eines Generalfreistric verlangt wird.

Die infolge der Unruhen und Feuergefechte aus Nanking geflüchteten Fremden sind in Schanghai angekommen. Sie befanden sich in einem bedauernswerten Zustande und waren zum Teil nur notdürftig bekleidet. Manche haben buchstäblich nur das nackte Leben gerettet. Die Flüchtlinge gaben herzzerreißende Schilderungen von ihren Erlebnissen in den Händen der Kantontuppen.

Wie der „Times“-Korrespondent aus Peking berichtet, bezeichnete Tschangtsolin in einem Presse-Interview die Nanking-Verbrechen als einen von Sowjetrußland inspirierten Akt. Er erklärte, daß er die ausländischen Gesandten schon vor einiger Zeit gewarnt habe, daß ernste anti-ausländische Entwicklungen zu erwarten seien, da Sowjetrußland das Geld für die revolutionäre und antirevolutionäre Bewegung in China kompenstert habe. Die fremden Mächte seien größtenteils für die Lage selbst verantwortlich zu machen, und zwar erstens wegen ihrer schwankenden Politik China gegenüber im allgemeinen; zweitens wegen ihrer gescheiterten Bemühungen, irgendwelche Schritte zu unternehmen, dem Bolschewismus entgegenzutreten, und drittens wegen ihrer Bereitwilligkeit, angesichts all dieser Drohungen und Angriffe mit dem Süden zu verhandeln.

Die französische Konzession in Schanghai unter englischem Schutz.

Nach Meldungen aus Schanghai hat nunmehr der britische Oberkommandierende Duncan die Befehlsgewalt in der französischen Konzession übernommen. Britische und amerikanische Marineoffiziere haben Befehl erhalten, im Notfall auch die französische Konzession zu verteidigen. Wie die englischen Blätter melden, sollen in Schanghai noch immer kommunistische Agitatoren am Werke sein, um die Einwohner Schanghais zu einem Sturm auf die ausländischen Konzessionen zu veranlassen. Tschangtsolin hat an seine Truppen einen neuen Befehl erlassen, jeden Angriffsversuch auf die fremden Niederlassungen zu verhindern.

Zwei Missionare in Nanking ermordet?

Wie der Sonderkorrespondent des Corriere della Sera aus Schanghai meldet, sollen in Nanking Aufwührer in die Wohnungen der französischen Missionare eingebrungen sein und dort

den Vater Dugout und den italienischen Vater Manara ermordet haben.

Kabinettsitzung in London zur Erörterung der Lage in China.

London, 28. März. Das englische Kabinet hat heute in etwa zweistündiger Sitzung die Lage in China erörtert. Ein Teil der Abendblätter sieht in der Einberufung des Kabinettsrates ein sicheres Anzeichen für eine ernste Wendung der Lage im Fernen Osten.

China-Debatte im Unterhause.

London, 28. März. In der heutigen Unterhausung gab Chamberlain eine ausführliche Schilderung der Zwischenfälle in Nanking. Er stellte fest, daß die Ausländer dort nicht von Nordtruppen, sondern von Kantonesern angegriffen worden seien. Im weiteren Verlauf der Chinadebatte beschwerte sich Chamberlain bei dem Sprecher des Hauses, weil ein sozialistischer Abgeordneter ihn der Lüge beschuldigt habe. Der Abgeordnete erklärte darauf, er habe der Rede des Ministers nicht die geringste Aufmerksamkeit geschenkt; seine Bemerkung sei nicht gegen den Minister gerichtet gewesen, sondern habe sich auf die lügenhaften Zeitungsberichte über die Vorgänge in Hankau bezogen.

Ultimatum der Mächte an den Befehlshaber der Kantontuppen in Nanking?

Nach Meldungen aus Peking erwägt das diplomatische Korps zurzeit die Frage, ob es ratsam sei, von dem Befehlshaber der Kantontuppen in Nanking in ultimativer Form eine Entschuldigung für die dortigen Zwischenfälle zu verlangen.

Keine Untersuchungskommission für Albanien.

Politischer Bombenanschlag in Jugoslawien.
Die Mächte setzen ihre Bemühungen fort, zwischen Italien und Jugoslawien eine Verständigung herbeizuföhren. Wie es scheint, ist nunmehr doch der Gedanke, eine Untersuchungskommission nach dem Balkan zu entsenden, vorläufig fallengelassen worden. Die jugoslawische Regierung sträubt sich nämlich dagegen, daß die Untersuchung ausschließlich an der südbosnischen Grenze Albaniens angestellt werden soll. Andererseits will Italien es nicht zulassen, daß auch die angeblich gegen Südbosnien gerichteten militärischen Vorbereitungen in Albanien festgestellt werden. Die jüngsten Vorschläge an die beiden freitenden Mächte gehen nun dahin, daß Italien und Jugoslawien in direkte Verhandlungen über den Streitfall eintreten, um in diplomatischen Besprechungen untereinander eine gütliche Verständigung zu erreichen zu suchen.

In Neusatz in Jugoslawien versuchten unbekannte Täter, das ungarische Kasino durch eine Granatbombe in die Luft zu sprengen. Infolge der Explosion sind zwei Zwischenmauern eingestürzt, sämtliche Fenster Scheiben des Gebäudes und der Häuser der Umgebung zertrümmert. Die Polizei hat zwei Mitglieder der Drzuna-Organisation, unter ihnen den Journalisten Raffatsch Bogoljub, verhaftet. Die Angelegenheit hat in der Stadt große Erregung hervorgerufen.

Beginn direkter Verhandlungen im Albanien-Konflikt?

Belgrad, 28. März. Der italienische und der englische Gesandte stellten gestern dem Außenminister Berichtsbefunde ab. Man nimmt an, daß diese die Einleitung direkter Verhandlungen bedeuten, obwohl die Politika heute erklärt, die Regierung wünsche solche Verhandlungen nicht. In der Belgrader Presse wird weiter behauptet, die jugoslawische Regierung habe den Regierungen in Berlin, Paris und London bereits eine Mitteilung zugehen lassen, in der sie im Gegensatz zu Italien betont, daß eine militärische Unternehmung notwendigerweise nicht nur auf jugoslawischem, sondern auch auf albanischem Gebiete durchgeführt werden müsse. Gleichzeitig wird weiter mitgeteilt, daß Italien eine solche Unternehmung auf beiden Seiten der Grenze ablehne.

Pariser Berichte über albanische Truppenkonzentrationen.

Paris, 28. März. Nach Meldungen der Abendpresse aus Belgrad sollen in Albanien 2000 Reservisten unter die Fahnen gerufen worden sein. Militärlastwagen sollen täglich von Tirana Waffen und Munition nach den verschiedenen Mobilisations-